



Lotta Suter, Pit Wuhrer, Tove Soiland, Oliver Fahrni

Debatte: Die Krise und die europäische Linke

Wir haben Journalisten und Journalistinnen diverser linker Medien, die aufgrund ihres langjährigen Beobachterstatus die aktuelle Perspektive der Linken gut einzuschätzen vermögen, um Statements zur gegenwärtigen Krise gebeten. Nach Abgabe der Statements erhielten alle die Möglichkeit, ihre Position unter Bezugnahme auf die Argumentation der anderen in einem zweiten Statement zu präzisieren.

Unsere Leitfrage lautete: Warum findet die Linke in Europa (und damit auch in der Schweiz) keine machtvolle Antwort auf die herrschende Krisenpolitik, die unter dem Zeichen der ›Austerität‹ den neoliberalen Abbau forciert? Was könnte der Kern einer solchen Antwort sein?

Lotta Suter (WOZ)

Eine Politik der Grosszügigkeit

Der Neoliberalismus beeinflusst nicht bloss den Gang der Wirtschaft, er re-feudalisiert die gesamte Gesellschaft und verrät so die Ideale der Aufklärung. Genau da, bei der Neubestimmung und Ausbalancierung der Begriffe Freiheit, Gleichheit, Solidarität, könnten wir Linken ansetzen. Der Begriff der Freiheit darf nicht wie bisher der Rechten überlassen werden, denn Freiheit von unnötigen Zwängen, übermässigen Regulierungen und immer mehr Einschränkungen wünschen sich die meisten Menschen, auch linke. Für Gleichheit – soziale Gerechtigkeit – hat sich die Linke seit jeher eingesetzt, das bleibt ihr zentrales politisches Ziel, das allerdings im Zeitalter der Globalisierung immer schwieriger zu beschreiben und zu verwirklichen ist. Die dritte Idee, die Fraternité der französischen Revolution, die heute besser mit Mitmenschlichkeit und Solidarität übersetzt wird, ist in Jahrzehnten neoliberaler Politik wie nebenher zerstört und durch einen ungezähmten Egoismus und Individualismus ersetzt worden. Die extreme Rechte reagiert darauf mit dem Anrufen von mythisch verklärten Gemeinschaften wie dem ›Volk‹ oder der ›Schweiz‹. Und was tut die Linke? Was schlagen wir als neue Commons oder Allmende vor? Wo kann bereits abgebröckelte gesellschaftliche Solidarität repariert werden? Und wie bauen wir neue verbindliche, grenzüberschreitende, krisenresistente Formen von Mitmenschlichkeit auf, die uns erst erlauben, der ›Austerität‹ selbstbewusst eine Politik der Grosszügigkeit gegenüberzustellen?



Pit Wuhrer (WOZ)

Wie die alte Fasnacht

Die Probleme der europäischen Linken haben nicht erst mit der Finanzmarktkrise und der nachfolgenden Austeritätspolitik begonnen. Sie waren vorher schon da. Hatten sich nicht die grossen sozialdemokratischen Parteien schon Ende der 1990er Jahre die neoliberalen Konzepte der wirtschaftsliberalen Kräfte zu eigen gemacht und die Prekarisierung von Lebensverhältnissen vorangetrieben? Beschränkten sich nicht die Gewerkschaften auf die Verteidigung der sozialen Errungenschaften ihrer Mitglieder, ohne sich vom betrieblichen, regionalen oder nationalen Standortdenken zu lösen? Und analysierten sich die sozialen Bewegungen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auf Weltsozialforen und anderen Treffen nicht schier zu Tode, weil sie so lange die Schandtaten des Neoliberalismus enthüllten, bis für anderes keine Zeit mehr blieb?

Eine konkrete Utopie konnte die Linke jedenfalls nicht bieten. Was blieb war der Dauerslogan »Eine Alternative ist möglich«. Wie diese Alternative aber konkret aussehen könnte, das konnten wir selbst jenen nicht vermitteln, die die neoliberale Hegemonie satt haben, wenn immer möglich gegen Privatisierungen und Deregulierungen votieren und – wie grosse Mehrheiten in allen europäischen Staaten – ein gerechtes Gesellschaftsmodell befürworten. Gewiss: Es gibt in Einzelfragen wichtige Bewegungen, doch links vom marktradikalen Mainstream klappt ein Vakuum. Jetzt in der Krise rächt sich diese Alternativlosigkeit. Jetzt geht die Angst um, die die Rechte schon immer für sich zu nutzen wusste.

Dazu kommt, dass sich die Linke derzeit vornehmlich für die Beibehaltung eines Wohlfahrtsstaats in die Bresche wirft, der mit all seinen Repressalien und kargen Zugeständnissen nie ein linker Sozialstaat war. Dieser Widerstand ist zwar richtig und notwendig (auch wenn er die Marginalisierten kaum noch erreicht) – aber für eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung reicht dieser defensive Ansatz nicht aus. Weil er zu punktuell ausfällt, wichtige andere Fragen (Klima und Umwelt, die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, die Vision der Überwindung des Kapitalismus und des Lohnsystems, usw.) ausklammert – und deswegen ein bisschen wie die alte Fasnacht daherkommt.

Die Konkretisierung einer postkapitalistischen Utopie ist nicht einfach. Wir müssen grosse Anstrengungen unternehmen, um auch nur ansatzweise all die Fragen zu beantworten, die die Menschen (nicht nur in der Schweiz) umtreiben: Wie könnte eine Zivilgesellschaft aussehen, die ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben auf einem halbwegs intakten Planeten ermöglicht, solidarisches Arbeiten für einen akzeptablen



Lohn organisiert, die Zukunft der Jungen wie der Alten sichert – und wegkommt von einem Konsumismus, der den Milliarden Menschen im Süden die Lebensgrundlage raubt? Vor allem der letzte Punkt ist heikel. Wer verzichtet schon gern in unserer Konsumgesellschaft? Und warum sollten ausgerechnet die gebeutelten Lohnabhängigen in den reichen Gesellschaften die ersten Schritte tun?

Gleichwohl führt kein Weg daran vorbei: Wenn die parlamentarische und ausserparlamentarische Linke auf Dauer – und nicht nur vorübergehend-populär – eine Gegenkraft entwickeln will, muss sie Visionen entwickeln, sich vom realpolitischen Diktat der Sachzwänge befreien und Brücken schlagen. Denn nur dann gewinnt man auch die Köpfe und Herzen der anderen. Und um die geht es ja.

Tove Soiland (korrespondierendes Mitglied der Redaktion Widerspruch)

Eine grundsätzlich neue Wirtschaftspolitik

Die Linke teilt mit der bürgerlichen Ökonomie den Irrtum, dass die massgeblich von der Privatwirtschaft generierte Produktivitätssteigerung den Wohlstand erhöht. Sie verkennt dabei, dass der Hightech-Kapitalismus zwangsläufig mit der Expansion eines High-touch-Sektors einhergeht, der aufgrund seiner anderen ökonomischen Logik nicht oder nur unter Bedingungen, die an frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse erinnern, profitabel zu gestalten ist. Hochentwickelte kapitalistische Gesellschaften sind deshalb weder als Industrienationen noch als allgemeine Dienstleistungsökonomien adäquat zu verstehen; vielmehr handelt es sich um Ökonomien, in denen der Care-Sektor im Zentrum des Wirtschaftens steht. Der Kapitalismus ist damit in eine historisch vollkommen neue Situation getreten, die von der Linken bisher nicht verstanden wird. Darin ist ein Grossteil des gesellschaftlich notwendigen Wirtschaftens für private Kapitalinteressen nicht mehr interessant.

Weder ein New Green Deal noch technologische Entwicklung können die für fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaften konstitutive Wachstumsschwäche überwinden. Denn in solchen Ökonomien fehlt es nicht länger – wie im Fordismus – an Handys und Kühlschränken, sondern an Ressourcen für personenbezogene Dienstleistungen. Es wird nie gelingen, diese Arbeit nach dem Modell des fordistischen Klassenkompromisses zu organisieren – nach wie vor der einzige Horizont auch des heutigen Linkskeynesianismus. Denn dieser Sektor erlaubt es aufgrund seiner anderen ökonomischen Logik nicht, die grossen privatwirtschaftlichen Gewinne zu generieren, die die ökonomische Voraussetzung für



den sozialpartnerschaftlichen Arbeitsfrieden des Fordismus waren. Der neoliberalen Strukturanpassung im Bereich der individuellen und sozialen Reproduktion kann deshalb nicht lediglich auf der Ebene der Sozialpolitik begegnet werden. Wir stehen vielmehr vor der Herausforderung einer grundsätzlich neuen Wirtschaftspolitik, in der für das Problem des Auseinanderdriftens der Arbeitsproduktivitäten eine Lösung gefunden werden muss.

Oliver Fahrni (work)

Projekt Transkapitalismus

Das Problem vom Kopf auf die Füße gestellt: Aktionäre, Banken, Konzerne können im fünften Jahr der grossen Krise so ungehemmt plündern, wüten und zerstören, *weil* die Linke lange keinerlei Anstalten machte, eine Antwort zu finden. Zwar sicherte sie soziale Errungenschaften. Wichtig. Aber zumindest die Herrschenden haben von uns Besseres erwartet. Ein paar Monate lang fürchteten sie unsere Antwort.

Vergeuden wir keine Zeit mit den Gründen. Wir entfalten wenig Anziehungskraft. Fatal. Denn einer Mehrheit ist klar, dass dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die menschliche, soziale und ökologische Katastrophe anrichtet. Es ist kein Leben. Der Kapitalismus muss weg.

Nur kann die Linke den Menschen heute nicht zeigen, wie wir das bewerkstelligen könnten. Reden wir also gleich über eine andere *Praxis*.

Zwei Kräfte können die Dinge bewegen.

Zum einen die Gewerkschaften. Nicht nur, weil sie die stärkste organisierte soziale Kraft sind. Die *Arbeit* ist der Ort zentraler Konflikte. Nur in Konflikten wächst, was uns stärkt: Die Erfahrung der eigenen, gemeinsamen Möglichkeiten *und* eine Vorstellung von einer anderen Ordnung (nein, diese Vorstellung gibt es noch nicht!). Linke sollten sich massenhaft in der Gewerkschaft engagieren (die Grünen tun das gerade, aber sie sind keine antikapitalistische Bewegung). Um was zu tun? Die Gewerkschaften von unten her zu demokratisieren. Die Arbeit selbst ins Zentrum zu stellen. Tausend Konflikte mit den Aktionären zu installieren. Und, Genoss-Innen aus der radikalen Linken: Immer wieder Deals zu installieren, welche die kapitalistische Logik unterlaufen, ritzen, ins Gegenteil verdrehen. Es reicht nicht, Recht zu haben.

Gesellschaften bewegen sich auch ohne unser Zutun. Die andere Kraft sind die mächtigen Bewegungen, die gerade oft unterhalb linker Beachtung entstehen. Indignados, Recht auf Stadt, Autonome und viele mehr. Sie organisieren den *täglichen Exodus* aus dem Kapitalismus im Innern



der Gesellschaft. Im Kapitalismus gibt es kein Aussen mehr. Die Energie dieser Bewegungen ist so stark, dass sie neue linke Kräfte mitformen, wie etwa Griechenlands Syriza.

Die beiden Kräfte vereint, können wir ein *Projekt Transkapitalismus* sofort ins Auge fassen und in die Tat umsetzen. Also die tägliche Installation besserer Formen von Leben und Arbeit. Und dies immer mit dem resolut verfolgten Ziel, eine andere Form des Wirtschaftens zu erzwingen. Eine Praxis, die nicht auf den grossen Abend wartet. Und ihn gerade deshalb herbeiführt. Jeden Tag.

Repliken

Nach Abgabe der Statements erhielten alle AutorInnen die Möglichkeit, ihre Position unter Bezugnahme auf die Argumentation der anderen in einem zweiten Statement zu präzisieren.

Lotta Suter

Wo und wie immer wir, die Linke, uns mit dem Neoliberalismus und seinen für die Mehrheit der Menschen negativen Folgen auseinandersetzen – ob in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, via Reorganisation des Care-Sektors etc. – ist es wichtig, dass wir verständlich bleiben. Dass unsere Sprache direkt ist, eine Kommunikation von Gleich zu Gleich. Nicht nur Intellektuelle spüren die Krise, sondern (fast) alle Menschen. Aber Intellektuelle können Übersetzungsarbeit leisten – das haben sie hoffentlich gelernt. Die Komplexität der globalisierten Wirtschaft muss den Betroffenen (und das sind wir alle) intelligent vermittelt werden. Sonst sind sie (wir) empfänglich für ideologisch verzerrte Vereinfachungen, Rassismus und Sexismus zum Beispiel. Oder Nationalismus. Auch nach Durchsicht der anderen Vorschläge bleibe ich dabei, dass die Ideale der Aufklärung – Liberté, Égalité, Solidarité – ausgezeichnete Grundpfeiler für eine Demokratie des 21. Jahrhunderts bleiben.

Tove Soiland

Mit Ausnahme von Pit Wuhrers Beitrag sehe ich in den Statements keine Antwort auf die Frage, warum die Linke bisher der herrschenden Krisenpolitik nichts entgegenzusetzen konnte. Meine Antwort ist: Sie artikuliert nicht die Probleme, die die Mehrheit der Bevölkerung in den zentraleuropäischen Ländern wirklich haben.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft, der sich in der Krisenpolitik verschärft, zielt auf eine Problematik, welche die Linke historisch immer



vernachlässigt worden hat – und schöpft massgeblich aus dieser Problematik. Was wir gegenwärtig erleben, ist ein radikaler Entzug von Ressourcen aus dem Bereich, den Marx die Reproduktion der Ware Arbeitskraft genannt hat und den die feministische Ökonomie heute als Care-Sektor bezeichnet. Den Haushalten wird eine an Raub grenzende Form von Enteignung an den Ressourcen Zeit und Geld zugemutet. Für diese neue Form von Landnahme – die in erster Linie die Arbeit und Zeit von Frauen betrifft – hat die Linke historisch gesehen keine Artikulation. Das macht ihre heutige Schwäche aus: Sie kann deshalb weder verstehen noch formulieren, was den Leuten unter den Nägeln brennt. Die Ausbeutung des Care-Sektors geht lautlos vor sich, obwohl sie vermutlich das zentrale Konfliktfeld der spätkapitalistischen Gesellschaft darstellt und damit auch ein Potenzial der Mobilisierung wäre.

Vom Standpunkt der Reproduktion aus betrachtet gibt es einen tiefen Riss durch die Arbeiterschaft. Das hat die Linke in ihrer Problemartikulation bisher nicht verstanden. Die wenigsten arbeiten heute noch in regulären Betrieben. Sie sind deshalb aber auch nicht einfach Kreativarbeiter der immateriellen Arbeit. Sie sind im weitesten Sinne Care-Arbeiterinnen, die sowohl in prekarierten Lohnverhältnissen als auch in prekarierten Haushalten leben. Es geht deshalb auch nicht einfach um Konsumverzicht. Nur weil wir zu viele Handys haben, sind wir noch lange nicht reich. Die Linke verkennt diese neue Form der Armut: die Care-Unterversorgung.

Ich bezweifle auch, dass die Ideale der Aufklärung hier weiterhelfen. Das Wort Brüderlichkeit hat sich da nämlich nicht zufällig hinein verirrt. Das Menschenbild der Aufklärung geht von einem mündigen Bürger aus, der autonom ist, das heisst im Wesentlichen von anderen unabhängig. Genau das aber sind wir nicht. Wir sind etwa während ein Drittel unseres Lebens auf die Sorge und Fürsorge anderer angewiesen. Es braucht deshalb eine Antwort auf die Frage: Wie kann die so entstehende Arbeit, in der es zwangsläufig Abhängigkeit und Hierarchie gibt, organisiert werden? Und vor allem: Wie ist eine Gesamtwirtschaft zu organisieren, damit diesem Bereich nicht, wie heute, permanent alle Ressourcen entzogen werden? Was lange Zeit in einen angeblichen Raum des Privaten verbannt und dort den Frauen aufgebürdet wurde und heute enorme ökonomische und menschliche Krisen verursacht, muss endlich als gesamtgesellschaftliches und damit auch ökonomisches Problem wahrgenommen werden. Das wäre auch in einer postkapitalistischen Gesellschaft so.



Oliver Fahrni

Freiheit. Lotta Suter macht einen wichtigen Punkt. Neoliberale Hegemonie baut darauf, dass sie uns den Kern linker Entwürfe entwunden hat. Zuvorderst den Freiheitsbegriff. Nach der neoliberalen ›Befreiung‹ des Individuums aus Gesellschaft und Staat zeigt sich, wie das ›befreite‹ Individuum, das seine Haut solo auf den Marktplatz tragen muss, unter bisher nicht gekannten Zwängen steht. Nie waren die Menschen so unfrei, so sehr unter Druck und in ihrem Wesen so uniformiert wie im späten Kapitalismus. Ein Teil der Sozialdemokratie hat unterwegs das Wesentliche vergessen: Die Entfaltung des Individuums setzt ein, wenn die ökonomischen Zwänge kollektiv gebändigt sind. Da tut sich also eine interessante Perspektive auf, wenn wir die Freiheit wieder auf unsere Seite holen wollen (was eine notwendige Voraussetzung ist): Das emanzipatorische Streben um Gerechtigkeit als Voraussetzung für Individualität. Eigentlich banal, aber aus unserem Reden und Handeln weitgehend verschwunden.

Mit ihren Bemerkungen zu Produktivität und Care-Ökonomie trägt uns Tove Soiland weiter. Klar hat sie recht, wenn sie auf die (erreichten) inneren Grenzen des Kapitalismus verweist. Freilich sollten wir daraus nicht zu viel Hoffnung schöpfen. Am schlimmsten wütet der Kapitalismus als Scheintoter, als Zombie (etwa in Form eines autoritären Öko-Kapitalismus). Der Grosse Abend kommt nur, wenn wir ihn bereiten. Hier, in der Kürze, eine Anregung: Produktivität ist bei Tove wahrscheinlich zu eng gefasst. Produktivität findet auch ausserhalb kapitalverwertbarer Zusammenhänge statt. Darüber und über Care-Ökonomie sollten wir gründlich sprechen.

Mit Pit Wuhrer würde ich mich gerne darüber unterhalten, wie weit der alternative Gesellschaftsentwurf gehen müsste, um Wirkung zu entfalten. Einig sind wir uns, dass er am Anfang jeder tatsächlichen Umwälzung steht. Doch das Vertrackte ist: Uns heute über die ideale Gesellschaft zu unterhalten, macht uns steril und dumm (linker Kältestrom). Mein Vorschlag: Belassen wir es vorerst bei ein paar Essentials wie Gerechtigkeit, Chancen, Gemeinbesitz etc. Begründen wir lieber eine Praxis, welche die Überwindung darin sucht, die Grenzen täglich zu belasten und zu überschreiten. Denn nur aus einer solchen Praxis kann ein realer Gesellschaftsentwurf wachsen. Und die schöne Revolutionärin, der schöne Revolutionär. Und die konkrete Tat, den Zombie ganz zu Tode zu bringen.